

# In jedem von uns steckt ein Tyrann

Prof. Dr. Christoph Riedweg von der Universität Zürich referierte beim Senioren-Kolleg «Zum Psychogramm des Tyrannen».

Für viele Menschen erscheint die Rückkehr zu autoritären, antidemokratischen Herrschaftsformen erstrebenswert. Der Referent zitierte eine Zusage aus der Zeit noch vor dem Einmarsch Putins in die Ukraine: «Hat der Tyrann einmal die Verhältnisse mit den exilierten Feinden so weit geklärt, dass er sich mit den einen arrangiert und die anderen vernichtet hat, zettelt er fortlaufend irgendwelche Kriege an, damit das Volk eines Führers bedarf, was unter anderem den günstigen Nebeneffekt hat, dass die Bevölkerung aufgrund von Kriegsabgaben verarmt, sodass sie gezwungen ist, sich um ihre Alltagsorgen zu kümmern und weniger gegen ihn agitieren kann.»

Der Historiker Timothy Snyder habe bereits 2014 vor den geopolitischen Veränderungen in Europa gewarnt und die kriegerischen Auseinandersetzungen in Aussicht gestellt. Der Referent nannte eine Reihe von Büchern der politischen Literatur, worin die prosperierende diktatorische Entwicklung in zahlreichen Staaten beschrieben wird. In Pseudoabstimmungen werden die immer gleichen Potentaten «demokratisch legitimiert». Auf allen denkbaren Kanälen sorgen diese für den eigenen Machterhalt durch die Verbreitung von Lügengeschichten im eigenen Land und auch im Ausland unter Einschränkung der Pressefreiheit.

## Macht definiert, was Recht ist

Bereits Platon hat vor zweieinhalbtausend Jahren das Wesen der Tyrannis beschrieben und erkannt, dass der Mächtige be-



Christoph Riedweg griff in seinen Ausführungen zurück auf die Staatslehre des griechischen Philosophen Platon (428 – 348 v. Chr.), wurde allerdings permanent eingeholt von aktuellen politischen Entwicklungen unserer Tage, denn «Die Verlockung des Autoritären» (Anne Applebaum) manifestiert sich zunehmend rund um den Erdball.

Bild: Nils Vollmar

stimmt, was Recht ist. Der Mächtige, der Diktator entscheidet darüber, was gerecht, was ungerecht ist, definiert die gesetzlichen Rahmenbedingungen nach seinen Bedürfnissen. Man nimmt sich, was man kann (z. B. die Ukraine innerhalb von drei Tagen!). Es sei beeindruckend, wie viele Berührungspunkte es heute mit der Zeit der Antike gebe. Wobei, so gestand der Referent ein, er vor Jahren nicht recht nachvollziehen habe können, weshalb Platon der Diskussion über das Wesen der Tyran-

nis so viel Raum und Zeit eingeräumt habe. Angesichts der aktuellen Entwicklungen und Ereignisse hätten für ihn (Riedweg!) die Erkenntnisse des Platon allerdings eine neue Bedeutung für das Verständnis der geopolitischen Situation erhalten. Einer Situation, die er – bei aller Hoffnung – alles andere als positiv einschätze. Die brutale Machtpolitik im Athen des 5. Jahrhunderts habe damals eine breite Zustimmung gefunden. Kein gutes Omen. «Demokratie? Mir egal! Jugendliche

liebäugeln mit starken Figuren» lautete eine Schlagzeile zu einer Jugendbefragung (NZZ, September 2023).

## Die Entwicklung zum Tyrannen

Die Tyrannis, die allergeringste der Staatsformen (Timokratie, Oligarchie, Demokratie, Tyrannis), gekennzeichnet durch Gleichmacherei, Zerfall der Sitten, wahllose Freiheit, Müsiggang, Verschwendungssucht, Aversion gegen «die da oben!», führt letztlich zur Ten-

denz des Volkes, einen Einzigen zum Vorsteher zu machen, der sich somit aus der Volksdemokratie herauschält. Als ein Schlüsselereignis sieht Platon die erste Mordtat. Das führt zur Zuspitzung zwischen Freund und Feind. Der Volksführer wird u. U. selber ermordet oder er überlebt und muss sich schützen. Der Tyrann braucht eine Leibwache (und einen langen Tisch!).

Bei der Verwandlung des Vorstehers in einen tyrannischen Alleinherrscher lassen

sich gemäss Platon mehrere Phasen beobachten: In einer ersten Phase ist der Alleinherrscher freundlich zu allen auf allen Ebenen, hilfsbereit, gar zuvorkommend, verteilt Eigentum, zeigt sich am Wohl des Volkes interessiert. Es folgt die Anzettelung kriegerischer Auseinandersetzungen, dadurch Ablenkung von der eigenen Bereicherung. Das Volk braucht einen Führer. Die Widersacher sind möglichst an die vorderste Front in den Kriegsdienst zu schicken. Wichtig ist die Unterdrückung jeder Art von freier Meinungsäusserung, auch im innersten Herrschaftsbereich. Die Eliminierung von Freunden und Feinden, der besonderen Draufgänger, bis keiner mehr übrig bleibt, der etwas taugt und gefährlich werden kann (Vergiftung? Fenstersturz? Flugzeugabsturz?) dient der Zementierung der Alleinherrschaft.

Der Referent wies darauf hin, dass es sinnvoll ist, bei der Betrachtung der Tyrannie als dekadenter Staatsform die eigene Psychomechanik zu beobachten. «Wir alle haben das Potenzial für einen Tyrannen!» Die Tendenzen für Übermass und Ungerechtigkeit seien in der menschlichen Natur angelegt. Bereits Platon habe dafür plädiert, nicht notwendige Begierde zu beherrschen. Eine Tugend sei der richtige Umgang in der Mitte der Extreme. Der Weg dahin geht über die Reflexion, die dem Alleinherrscher abgeht. Der Tyrann seinerseits ist paradoxerweise verklavt. Er tut am wenigsten das, was er tatsächlich will. Er «quillt über» vor Furcht. Er lebt faktisch in einem Gefängnis, denn er ist von Feinden umgeben. (hs)

## Efta-Parlamentarier treffen sich in Brüssel

Die Landtagsabgeordneten Manfred Kaufmann und Karin Zech-Hoop besprachen mit den Delegierten aus der Schweiz, Norwegen und Island aktuelle europäische Herausforderungen.

Das Arbeitstreffen in Brüssel bot Gelegenheit, sich mit den Ausenministern der EWR/Efta-Staaten unter der Leitung von Regierungsrätin Dominique Hasler über die geopolitischen Herausforderungen der EWR/Efta-Staaten, die nachhaltige Entwicklung im EWR und die Koordinierung mit der EU auszutauschen. Weitere aktuelle Themen waren der wirtschaftliche Wiederaufbau und die Integration der Ukraine in den europäischen Markt sowie die Möglichkeiten der EWR/Efta-Staaten, sich in den EU-Gesetzgebungsprozess einzubringen.

Ein weiteres Treffen fand mit der Vorsitzenden des Efta-Rats statt. Dabei standen der aktuelle Stand der Efta-Freihandelspolitik gegenüber Drittstaaten sowie die Unterstützungsleistungen der Efta-Staaten zugunsten der Ukraine im Zentrum der Gespräche.

Ausserdem traf sich das Parlamentarierkomitee mit verschiedenen Vertreterinnen und



Sandra Gerber-Leuenberger (Parlamentsdienst), Delegationsleiter Manfred Kaufmann und Karin Zech-Hoop anlässlich der Efta-Parlamentarierkomitee-Meetings in Brüssel.

Bild: eingesandt

Vertretern der Europäischen Kommission und von Thinktanks, um sich mit ihnen über die jüngsten Entwicklungen des handelspolitischen Umfelds

auszutauschen. Dabei wurden die EU-Erweiterungspolitik, verbunden mit einer möglichen Reform, die im Juni 2024 stattfindenden Europawahlen, ver-

schiedene Rechtsakte über die Regulierung von künstlicher Intelligenz sowie die EU-Wirtschaftssicherheitsstrategie diskutiert. (eingesandt)

## Sozialhilfe und Mietbeiträge an die Teuerung angepasst

Die Regierung hat die Abänderung der Sozialhilfeverordnung und die Verordnung über die Anpassung der Einkommensgrenze sowie der Höhe der Mietbeiträge nach dem Mietbeitragsgesetz beschlossen, womit diese beiden Leistungen an die Teuerung angepasst werden.

### Mietbeiträge: Erste Erhöhung seit 2009

Mietbeiträge werden zur Unterstützung von einkommensschwachen Familien und Alleinerziehenden mit unterhaltsabhängigen Kindern ausgerichtet. Die letzte Anpassung der Einkommensgrenzen sowie Beiträge erfolgte im Januar 2009. Aufgrund der seither erfolgten Teuerung werden ab dem 1. Januar 2024 sowohl die Einkommensgrenzen als auch die auszurichtenden Beiträge um 6,1 Prozent erhöht.

### Sozialhilfe: Grundbedarf für Lebensunterhalt erhöht

Wer in eine finanzielle Notlage geraten ist und seinen Lebensunterhalt für sich und seine Familienangehörigen nicht be-

streiten kann, hat Anspruch auf wirtschaftliche Sozialhilfe. Durch die wirtschaftliche Sozialhilfe wird das soziale Existenzminimum sichergestellt. Die finanzielle Unterstützung dient dazu, den Grundbedarf für den Lebensunterhalt, die Wohnkosten sowie die Krankenkassenkosten abzudecken.

Seit der letzten Anpassung im März 2021 betrug die Teuerung 5,7 Prozent, sodass der Grundbedarf für den Lebensunterhalt ab dem 1. Januar 2024 entsprechend erhöht wird. Daraus resultiert beispielsweise für einen Einpersonenhaushalt eine monatliche Erhöhung um 64 Franken von 1122 auf 1186 Franken. (ikr)



www.zmittag.li